

ЕВРОПЕЙСКА СМЕТНА ПАЛАТА  
TRIBUNAL DE CUENTAS EUROPEO  
EVROPSKÝ ÚČETNÍ DVŮR  
DEN EUROPÆISKE REVISIONSRET  
EUROPÄISCHER RECHNUNGSHOF  
EUROOPA KONTROLLIKODA  
ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΕΛΕΓΚΤΙΚΟ ΣΥΝΕΔΡΙΟ  
EUROPEAN COURT OF AUDITORS  
COUR DES COMPTES EUROPÉENNE  
CÚIRT INIÚCHÓIRÍ NA HEORPA



EUROPSKI REVIZORSKI SUD  
CORTE DEI CONTI EUROPEA  
EIROPAS REVĪZIJAS PALĀTA  
EUROPOS AUDITO RŪMAI

EURÓPAI SZÁMVEVŐSZÉK  
IL-QORTI EWROPEA TAL-AWDITURI  
EUROPESE REKENKAMER  
EUROPEJSKI TRYBUNAŁ OBRACHUNKOWY  
TRIBUNAL DE CONTAS EUROPEU  
CURTEA DE CONTURI EUROPEANĂ  
EURÓPSKY DVOR AUDÍTOROV  
EVROPSKO RAČUNSKO SODIŠČE  
EUROOPAN TILINTARKASTUSTUOMIOISTUIN  
EUROPEISKA REVISIONSRÄTTEN

Untersuchung zu den möglichen Einsparungen im Haushaltsplan der EU durch die  
Zusammenlegung der Tätigkeiten des Europäischen Parlaments an einem einzigen Ort

## INHALT

	Ziffer
Zusammenfassung	I - VIII
Einleitung	1 - 3
Die derzeitige Organisation der Tätigkeiten des Europäischen Parlaments	1 - 3
Die Untersuchung des Hofes: Umfang und Ansatz	4 - 8
Umfang der Untersuchung	4 - 7
Ansatz des Hofes	8
Die Untersuchung des Hofes	9 - 49
Abschnitt 1 – Überprüfung früherer, von der Verwaltung des Europäischen Parlaments durchgeführter Studien durch den Hof	9 - 11
Abschnitt 2 – Untersuchung des Hofes bezüglich möglicher Einsparungen, wenn die Tätigkeiten von Straßburg nach Brüssel verlagert werden	12 - 28
Abschnitt 3 – Untersuchung des Hofes bezüglich möglicher Einsparungen, wenn auch die Tätigkeiten von Luxemburg nach Brüssel verlagert werden	29 - 49
Abschließende Bemerkungen	50 - 57
Anhang 1	Vergleich der wichtigsten Studien
Anhang 2	Verwendung der unterschiedlichen Schätzwerte der Verwaltung des Europäischen Parlaments
Anhang 3	Grundannahmen in den drei wichtigsten Studien
Anhang 4	Zusammenfassung der möglichen Einsparungen bei einer Zusammenlegung der EP-Tätigkeiten in Brüssel

## **ZUSAMMENFASSUNG**

I. Als Reaktion auf die Entschließung des Europäischen Parlaments von November 2013 untersuchte der Rechnungshof die möglichen Einsparungen im EU-Haushalt durch die Zusammenlegung der Tätigkeiten des Parlaments in Brüssel.

II. Der Hof konzentrierte sich bei seiner Untersuchung auf zwei grundlegende Szenarien:

- a) Umzug nur von Straßburg nach Brüssel, keine Änderungen in Luxemburg;
- b) zusätzlich Umzug von Luxemburg nach Brüssel.

III. Der Hof kam zu dem Schluss, dass durch einen Umzug von Straßburg nach Brüssel beträchtliche Einsparungen erzielt werden könnten, die durch einen zusätzlichen Umzug von Luxemburg nach Brüssel geringfügig erhöht würden.

IV. Entscheidend für die Höhe der möglichen Einsparungen durch einen Umzug von Straßburg nach Brüssel wird vor allem sein, welche Einnahmen aus dem Verkauf, der Vermietung oder der alternativen Nutzung der Gebäude in Straßburg erzielt werden können. In der Untersuchung des Hofes wurden daher zwei Optionen bewertet: die Einsparungen durch eine erfolgreiche Veräußerung der Gebäude in Straßburg (Option A) und die Einsparungen, die ohne Veräußerung der Gebäude möglich sind (Option B).

V. Ein Umzug von Luxemburg nach Brüssel würde bedeuten, dass für die Bediensteten, die derzeit in Luxemburg tätig sind, Büroflächen gefunden werden müssten. Die Entscheidung, ob diese Büroflächen gekauft (Option C) oder gemietet (Option D) werden, würde sich wie auch der Verkaufswert der Büros in Luxemburg auf die Höhe der sich aus einem Umzug von Luxemburg nach Brüssel ergebenden Einsparungen auswirken. Die Einsparungen aus diesen beiden Optionen werden daher in der Untersuchung des Hofes getrennt bewertet.

VI. Nach Schätzung des Hofes könnte allein ein Umzug von Straßburg nach Brüssel zu Einsparungen von jährlich 114 Millionen Euro führen. Hinzu käme noch eine einmalige Einsparung in Höhe von 616 Millionen Euro für den Fall, dass die Gebäude in Straßburg erfolgreich veräußert werden könnten, oder aber einmalige Kosten in Höhe von 40 Millionen Euro, wenn der Verkauf nicht gelänge.

VII. Ein Umzug von Luxemburg nach Brüssel würde zu Einsparungen von jährlich lediglich 13 Millionen Euro führen, wenn Büroflächen in Brüssel erworben würden. Hinzu kämen einmalige Kosten in Höhe von 220 Millionen Euro. Sollten die Büroflächen in Brüssel dagegen angemietet werden, kämen zusätzliche Kosten von jährlich 16 Millionen Euro hinzu, allerdings gäbe es auch eine einmalige Einnahme von 476 Millionen Euro.

VIII. Die Untersuchung des Hofes bietet nicht die gleiche Sicherheit wie eine Prüfung der Anschaffungskosten. Insbesondere der Wert der Gebäude kann nur annähernd bestimmt werden. Seiner Untersuchung hat der Hof bestimmte Prämissen zugrunde gelegt. Jede Entscheidung über die Zusammenlegung der Parlamentstätigkeiten an einem Ort wird nicht nur von finanziellen Erwägungen, sondern auch von anderen Faktoren abhängen, unter anderem von den einschlägigen Bestimmungen des Vertrags.

## **EINLEITUNG**

### ***Die derzeitige Organisation der Tätigkeiten des Europäischen Parlaments***

1. Auf der Tagung des Europäischen Rates im Dezember 1992 in Edinburgh wurde eine Einigung über die Sitze der EU-Organe erzielt. Diese Einigung fand Eingang in ein Protokoll zum Vertrag von Amsterdam<sup>1</sup>, wo es heißt, dass das Europäische Parlament drei Arbeitsorte hat:

---

<sup>1</sup> Vertrag von Amsterdam, Protokoll über die Festlegung der Sitze der Organe und bestimmter Einrichtungen und Dienststellen der Europäischen Gemeinschaften sowie des Sitzes von Europol, einziger Artikel.

- a) Das Europäische Parlament hat seinen Sitz in Straßburg, wo die 12 monatlichen Plenartagungen abgehalten werden.
- b) Ausschusssitzungen und zusätzliche Plenartagungen finden in Brüssel statt.
- c) Das Generalsekretariat und dessen Dienststellen befinden sich in Luxemburg.

2. Die Tätigkeiten des Parlaments folgen einem vierwöchigen Turnus. Im Anschluss an zwei Wochen Ausschussarbeit im Parlament folgen eine Woche Fraktionssitzungen und danach eine Woche Plenartagung. Während der zweiten Woche kann eine zweitägige Tagung ("Mini-Plenartagung") stattfinden. In den ersten drei Wochen finden die Sitzungen in Brüssel statt, während die Plenartagung in der vierten Woche in Straßburg abgehalten wird. Etwa 2 500 Verwaltungsbedienstete haben ihren Dienstort in Luxemburg. Die meisten Dienststellen, die für die direkte Unterstützung der Mitglieder des Europäischen Parlaments zuständig sind, befinden sich in Brüssel. In diesen Dienststellen sind etwa 4 100 Bedienstete<sup>2</sup> beschäftigt. Weniger als 100 Bedienstete arbeiten in Straßburg, in erster Linie im Informationsbüro und in den für die Überwachung der Parlamentsgebäude zuständigen Dienststellen.

3. Die Verwaltung des Europäischen Parlaments hat eine Reihe von Studien durchgeführt, um die Kosten der geografischen Aufteilung auf drei Arbeitsorte zu untersuchen. In allen Studien ist sie zu dem Schluss gekommen, dass sich durch die Zusammenlegung der Tätigkeiten Einsparungen erzielen ließen.

---

<sup>2</sup> Etwa 950 der 4 100 in Brüssel beschäftigten Personen arbeiten für die Fraktionen.

## **DIE UNTERSUCHUNG DES HOFES: UMFANG UND ANSATZ**

### ***Umfang der Untersuchung***

4. In einer Entschließung von November 2013<sup>3</sup> ersuchte das Europäische Parlament den Rechnungshof, eine umfassende Analyse der potenziellen Einsparungen im Haushaltsplan der EU vorzulegen, die sich ergeben würden, wenn das Parlament einen einzigen Sitz hätte. Dabei sollten auch die Einsparungen aufgrund des geringeren Verlusts von Arbeitszeit und aufgrund größerer Effizienz berücksichtigt werden.

5. Obwohl in der Entschließung von November 2013 Brüssel nicht als Standort des einzigen Sitzes des Parlaments genannt wurde, haben Umfragen unter den MdEP gezeigt, dass sich mehr als zwei Drittel von ihnen wiederholt für einen einzigen Sitz in Brüssel ausgesprochen haben. Auch dem Bericht von August 2013 über die drei Arbeitsorte des Europäischen Parlaments<sup>4</sup> lag diese Annahme zugrunde. Daher untersuchte der Hof die Einsparungen aus einer Zusammenlegung der Parlamentstätigkeiten in Brüssel und nicht in Straßburg oder Luxemburg. Zwei Schlüsselszenarien stehen im Mittelpunkt der Untersuchung:

- a) Umzug nur von Straßburg nach Brüssel, keine Änderungen in Luxemburg;
- b) zusätzlich Umzug von Luxemburg nach Brüssel.

6. Gegenstand der Untersuchung waren nur die möglichen Einsparungen im EU-Haushalt. Ob die Gebäude in Straßburg unter den derzeitigen Gegebenheiten effektiver genutzt werden könnten, wurde nicht analysiert, und auch die mit einer

---

<sup>3</sup> Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. November 2013 zur Festlegung der Sitze der Organe der Europäischen Union (2012/2308(INI)).

<sup>4</sup> Verwaltung des Europäischen Parlaments, August 2013: *The three places of work of the European Parliament: Financial, environmental and regional impacts of geographic dispersion* (Die drei Arbeitsorte des Europäischen Parlaments: Finanzielle, ökologische und regionale Auswirkungen der geografischen Aufteilung).

Zusammenlegung der Parlamentsarbeit verbundenen Auswirkungen auf die Umwelt und die regionale Wirtschaft wurden nicht geprüft.

7. Der Hof ist bei der Ausarbeitung dieser Untersuchung nicht auf potenzielle komplexe rechtliche und politische Erwägungen in Bezug auf den geeigneten Sitz für das Europäische Parlament eingegangen, da dies in die Zuständigkeit anderer Stellen fällt. Darüber hinaus beruhen einige der in diesem Bericht enthaltenen Schätzungen in hohem Maße auf Annahmen bezüglich des Werts der betreffenden Gebäude. Die vom Hof dazu herangezogenen Annahmen sind reine Richtwerte, deren Grundlage im Text klar dargelegt wird; doch wenn Entscheidungen getroffen werden sollen, wäre es wichtig, dass die politischen Entscheidungsträger den auf aktuellen Daten beruhenden Rat geeigneter Sachverständiger einholen.

### ***Ansatz des Hofes***

8. Die Untersuchung basiert auf
- a) einer Analyse früherer Studien, um zu verstehen, wie es zu den großen Abweichungen bei der Schätzung der möglichen Einsparungen kommt;
  - b) einer Bewertung der Stichhaltigkeit der von der Verwaltung des Europäischen Parlaments durchgeführten Untersuchung von August 2013;
  - c) Gesprächen mit Bediensteten der Verwaltung des Europäischen Parlaments, insbesondere der Generaldirektion Finanzen und der Generaldirektion Infrastrukturen und Logistik;
  - d) einer Überprüfung der als Antwort auf die Fragen des Hofes von der Verwaltung des Europäischen Parlaments vorgelegten Unterlagen;
  - e) Treffen mit MdEP, parlamentarischen Assistenten und Autoren früherer Studien.

## **DIE UNTERSUCHUNG DES HOFES**

### ***Abschnitt 1 – Überprüfung früherer, von der Verwaltung des Europäischen Parlaments durchgeführter Studien durch den Hof***

**Die verschiedenen Schätzungen der Verwaltung des Europäischen Parlaments bezüglich der Kosten der geografischen Aufteilung, die bei einer Zusammenlegung eingespart werden könnten, unterscheiden sich voneinander um den Faktor 4**

9. In früheren Studien der Verwaltung des Europäischen Parlaments werden die Kosten für die geografische Aufteilung der Arbeitsorte, die durch eine Zusammenlegung der Parlamentstätigkeiten in Brüssel eingespart werden könnten, unterschiedlich eingeschätzt (siehe **Abbildung 1**):

- a) 2002 errechnete die Verwaltung diesbezüglich den höchsten Wert: In ihrem Bericht über die Kosten der Beibehaltung der drei Arbeitsorte veranschlagte sie die jährlichen Kosten der geografischen Aufteilung (und dementsprechend die möglichen Einsparungen bei nur einem Arbeitsort) auf 203 Millionen Euro.
- b) In den Antworten der Verwaltung auf die Fragen im Zuge der Vorbereitung der Entlastung des Europäischen Parlaments für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 werden die jährlichen Kosten des Sitzes in Straßburg (und somit auch die möglichen Einsparungen, wenn dieser Sitz aufgegeben würde) auf 51-55 Millionen Euro geschätzt.
- c) In ihrem Bericht aus dem Jahr 2013 über die Kosten der Beibehaltung der drei Arbeitsorte veranschlagt die Verwaltung die jährlichen Kosten der geografischen Aufteilung, die durch eine Zusammenlegung aller Parlamentstätigkeiten in Brüssel eingespart werden könnten, auf 89 Millionen Euro (103 Millionen Euro Einsparungen bei einem Umzug aus Straßburg abzüglich 14 Millionen Euro zusätzlicher Kosten bei einem Umzug aus



Luxemburg)<sup>5</sup>. Diese möglichen Einsparungen entsprechen 5,0 % des Haushalts des Europäischen Parlaments.

**Abbildung 1 Geschätzte Kosten der geografischen Aufteilung des Parlaments (und der entsprechenden Einsparungen bei einer Zusammenlegung der Arbeitsorte) in verschiedenen Studien**

Szenario	Jährliche Einsparungen/(Kosten) in Millionen Euro		
	Bericht 2002	Entlastung 2011	Bericht 2013
Umzug von Straßburg	nicht getrennt untersucht	55	103
Umzug von Luxemburg	nicht getrennt untersucht	nicht untersucht	(14)
Insgesamt für den Umzug aus Straßburg und Luxemburg	203	–	89

**Die in den Studien enthaltenen Schätzungen weichen voneinander ab, weil sich Zielsetzung, Zeitplan und Umfang unterscheiden**

10. Die genauen Zahlen bezüglich der geschätzten Gesamtkosten der geografischen Aufteilung (die eventuell durch eine Zusammenlegung der Arbeitsorte eingespart werden könnten) finden sich, aufgeschlüsselt nach den drei wichtigsten Studien, in **Anhang 1**. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Schätzungen gehen auf verschiedene Ursachen zurück:

---

<sup>5</sup> Diesem Bericht ging im Jahr 2012 ein Arbeitsdokument der gemeinsamen Arbeitsgruppe des Präsidiums und des Haushaltsausschusses über den Haushalt des Europäischen Parlaments voraus. Diese Vorstudie enthielt vergleichbare Zahlen wie der Bericht aus dem Jahr 2013. Der Bericht 2013 stimmt auch in weiten Teilen mit dem Bericht des Generalsekretärs aus dem Jahr 2011 über den Vorentwurf des Haushaltsplans 2012 überein. Im Bericht des Generalsekretärs wird jedoch von einem stärkeren Stellenabbau ausgegangen (250 Stellen statt 108), der zu zusätzlichen Einsparungen in Höhe von 10 Millionen Euro führen würde. Darüber hinaus enthält er geschätzte 30 Millionen Euro für Abschreibungen.

- a) Die Studien geben Antwort auf unterschiedliche Fragen. Die Antworten auf den Fragebogen zur Entlastung für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 beispielsweise enthalten lediglich die zusätzlichen Kosten des Sitzes in Straßburg, während in den Studien aus den Jahren 2002 und 2013 die aus den drei Arbeitsorten resultierenden Kosten aufgeführt werden.
- b) Die Situation hat sich im Lauf der Zeit geändert. In der Studie aus dem Jahr 2002 beispielsweise wurden die möglichen Einsparungen aus der Miete für die Gebäude in Straßburg auf 60 Millionen Euro veranschlagt. Diese Gebäude wurden später gekauft, sodass spätere Studien keine Beträge für Gebäudemieten mehr enthalten. Obwohl die Schätzungen im Bericht aus dem Jahr 2002 überholt sind, werden sie außerhalb der Parlamentsverwaltung nach wie vor verwendet (siehe **Anhang 2**).
- c) Die Studien unterscheiden sich bezüglich ihres Inhalts. In den Antworten auf den Fragebogen zur Entlastung werden beispielsweise IT und Ausrüstung, Reisekosten für die Fraktionen und Einsparungen durch Stellenkürzungen aufgrund von Effizienzgewinnen nicht berücksichtigt. Alle diese Faktoren werden in der umfassenderen Studie aus dem Jahr 2013 berücksichtigt, die darüber hinaus auch die einmaligen Kosten eines Umzugs nach Brüssel enthält. In **Anhang 3** sind die wichtigsten Annahmen aus den verschiedenen Studien aufgeführt.

**In der Studie aus dem Jahr 2013 wird eine Reihe von Faktoren nicht berücksichtigt**

11. Der Hof ist auf einige Faktoren gestoßen, die selbst in der jüngsten, umfassenderen Studie aus dem Jahr 2013 nicht enthalten sind, zum Beispiel:

- a) Die Kosten, die den Bediensteten der Kommission und des Rates durch die Teilnahme an Plenartagungen in Straßburg entstehen, werden in der Studie nicht berücksichtigt.

- b) Die zusätzlichen Kosten für die Reisen der MdEP nach Straßburg wurden als nicht maßgeblich genug erachtet, um in die Studie aufgenommen zu werden.
- c) Die Kosten im Zusammenhang mit der künftigen Renovierung der Gebäude in Straßburg werden nicht umfassend bewertet.
- d) Der Wert der Gebäude in Straßburg sowie mögliche Einkünfte aus einem Verkauf, einer Vermietung oder einer alternativen Nutzung werden nicht beziffert.
- e) Die Zahl der Stellen, die aufgrund von Effizienzgewinnen eingespart werden könnten, wird nicht korrekt bewertet.



Paul-Henri-Spaak-Gebäude, Brüssel

Quelle: Europäisches Parlament

### ***Abschnitt 2 – Untersuchung des Hofes bezüglich möglicher Einsparungen, wenn die Tätigkeiten von Straßburg nach Brüssel verlagert werden***

12. Das erste vom Hof geprüfte Szenario betrifft die ausschließliche Verlagerung der Parlamentstätigkeiten von Straßburg nach Brüssel (keine Änderungen in Luxemburg). Die in der Untersuchung des Hofes enthaltenen Zahlen sind auf 100 000 Euro genau angegeben. Dieser Grad an Genauigkeit ist für die meisten Schätzungen der jährlichen Kosten und Einsparungen angemessen, wengleich

die Schätzungen der einmaligen Kosten und Einsparungen, insbesondere im Hinblick auf den Wert der Gebäude, eher auf Näherungswerten beruhen und weniger sicher sind. Der Hof geht von folgenden möglichen Einsparungen aus, die in den Ziffern 13-28 genauer erläutert werden:

- Jährliche Einsparungen von 113,8 Millionen Euro (entspricht 6,3 % des Jahreshaushalts des Europäischen Parlaments<sup>6</sup>) durch die Zusammenlegung der Parlamentstätigkeiten.
- Eine einmalige Einsparung von insgesamt 616,1 Millionen Euro aus dem Verkauf der leerstehenden Gebäude in Straßburg, deren Wert sich schätzungsweise auf 656,2 Millionen Euro<sup>7</sup> beläuft, abzüglich einmaliger Kosten für den Umzug der Bediensteten in Höhe von 1,1 Millionen Euro und zusätzlichen Kosten in Höhe von 39 Millionen Euro<sup>8</sup>, um die Gebäude in einem guten Zustand zu erhalten, bis eine alternative Verwendung für sie gefunden ist. Wenn es dem Parlament jedoch nicht gelingt, die Gebäude in Straßburg zu veräußern, entstünden einmalige Kosten in Höhe von 40,1 Millionen Euro.

### **Die wiederkehrenden Einsparungen durch einen Umzug von Straßburg nach Brüssel würden sich auf 114 Millionen Euro pro Jahr belaufen**

13. Die Schätzungen des Hofes bezüglich der möglichen wiederkehrenden Einsparungen durch eine Verlagerung der Parlamentstätigkeiten von Straßburg nach Brüssel liegen um 10 % über den Schätzungen der Verwaltung des

---

<sup>6</sup> Die Gesamteinsparungen werden zum Haushalt des Europäischen Parlaments in Relation gesetzt, obwohl 4,7 Millionen Euro der Einsparungen auf die Haushaltsmittel für Dienstreisen der Kommission und des Rates entfallen.

<sup>7</sup> Diese Schätzung des Hofes basiert auf dem Mittelwert zwischen dem ausgewiesenen Nettobuchwert (306,8 Millionen Euro) und einer externen Bewertung des Marktwerts der Gebäude (1 005,5 Millionen Euro).

<sup>8</sup> Die vom Hof vorgenommene Schätzung in Höhe von 39 Millionen Euro beruht auf den Kosten für die Unterhaltung der Gebäude für zwei Jahre.

Europäischen Parlaments aus dem Jahr 2013, wie aus **Abbildung 2** hervorgeht. Beide Schätzungen basieren auf den Preisen von 2014.

**Abbildung 2 Wiederkehrende Einsparungen durch einen Umzug von Straßburg nach Brüssel**

Kategorie	Millionen Euro jährlich		
	Studie EP 2013	Studie EuRH	Differenz
Dienstreisekosten und sonstige Kosten für Beförderung und Kommunikation	26,1	34,0	+7,9
Gebäude und Nebenkosten	49,5	57,9	+8,4
Informatik, Ausrüstung und Mobiliar	11,8	12,0	+0,2
Einsparungen durch weitere Effizienzgewinne	15,7	9,9	-5,8
<b>Wiederkehrende Einsparungen insgesamt</b>	<b>103,1</b>	<b>113,8</b>	<b>+10,7</b>

Dienstreisekosten und sonstige Kosten für Beförderung und Kommunikation

14. In ihrer Studie aus dem Jahr 2013 veranschlagt die Verwaltung des Europäischen Parlaments Einsparungen in Höhe von 26,1 Millionen Euro pro Jahr aufgrund wegfallender Reise- und Beförderungskosten nach Straßburg. Dieser Betrag umfasst die Dienstreisekosten der Beamten des Europäischen Parlaments, der Fraktionen, der parlamentarischen Assistenten und der freiberuflichen Dolmetscher. Auch die Kosten für die Beförderung von Transportbehältern von und nach Straßburg gehören dazu. Der Hof hat im Bereich der Dienstreisekosten zusätzliche 7,9 Millionen Euro an möglichen Einsparungen ermittelt:

- a) Die Dienstreisekosten, die für andere Organe anfallen, insbesondere für die Kommission (4,3 Millionen Euro pro Jahr) und den Rat (0,4 Millionen Euro pro Jahr).
- b) Zusätzliche Kosten in Höhe von 1,8 Millionen Euro pro Jahr, die dadurch entstehen, dass die MdEP nach Straßburg und nicht nach Brüssel reisen.
- c) Die Studie der Verwaltung des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 2013 beruht auf den tatsächlichen Dienstreisekosten der Bediensteten und der

parlamentarischen Assistenten im Jahr 2012, den damals neuesten verfügbaren Zahlen. Die Untersuchung des Hofes basiert auf den Ausgaben des Jahres 2013, die bei den Bediensteten um 1,1 Millionen Euro und bei den parlamentarischen Assistenten um 0,3 Millionen Euro höher waren.

### Gebäude und Nebenkosten

15. Die Parlamentsverwaltung ging in ihrer Studie von 2013 davon aus, dass durch einen Umzug von Straßburg nach Brüssel 49,5 Millionen Euro pro Jahr eingespart werden könnten, weil nicht länger an zwei Orten die gleichen Gebäude erforderlich wären. Da das Parlament Besitzer der Gebäude in Straßburg ist, muss es für deren Renovierung aufkommen, damit sie weiterhin genutzt werden können. Der dazu notwendige Betrag variiert von Jahr zu Jahr, je nachdem, wann Renovierungen durchgeführt werden. In der Studie von 2013 wird von Einsparungen in Höhe von 7,3 Millionen Euro auf der Grundlage spezifischer Projekte für 2014 ausgegangen, die u. a. die Kosten für die Renovierung des unlängst erworbenen Václav-Havel-Gebäudes in Straßburg umfassen. Beschlüsse zur Durchführung der Renovierungspolitik des Europäischen Parlaments, die die Grundlage für die Berechnung der durchschnittlichen jährlichen Kosten bilden könnte, sind bislang nicht gefasst worden<sup>9</sup>. In Ermangelung derartiger Beschlüsse rechnet der Hof in seiner Untersuchung die bei der Renovierung des Gebäudes KAD I in Luxemburg nach 30 Jahren Nutzung pro Quadratmeter angefallenen Kosten auf die Fläche der Gebäude in Straßburg um. Das Ergebnis, 17,2 Millionen Euro pro Jahr<sup>10</sup>, wird anstelle der spezifischen Kosten von 7,3 Millionen Euro bei der Veranschlagung der künftigen

---

<sup>9</sup> Interner Prüfbericht 11/08 vom 3. Dezember 2012: Folgemaßnahme zur Prüfung der Gebäudepolitik, Referat Interne Rechnungsprüfung des Europäischen Parlaments, Bericht 09/03 vom 2. Dezember 2009 und Folgervermerk vom 22. November 2013 für den Generaldirektor für Infrastrukturen und Logistik.

<sup>10</sup> Die Renovierung des 26 800 Quadratmeter umfassenden Gebäudes KAD I nach 30 Jahren Nutzung kostet schätzungsweise 63,5 Millionen Euro, was 2 369 Euro pro Quadratmeter entspricht. Umgerechnet ergäbe dies für die Gebäude in Straßburg mit ihren 218 272 Quadratmetern Kosten in Höhe von 517,1 Millionen Euro bzw. 17,2 Millionen Euro jährlich für einen Zeitraum von 30 Jahren.

Renovierungskosten zugrunde gelegt. Jede künftige Entscheidung über Abriss oder Umbau könnte zusätzliche Kosten verursachen, die in der Untersuchung des Hofes in Anbetracht des damit verbundenen Unsicherheitsfaktors jedoch nicht berücksichtigt wurden.

16. Den bei einem Umzug von Straßburg nach Brüssel erzielten Einsparungen bei den gebäudebezogenen Ausgaben stünden höhere, auf die intensivere Nutzung des Plenarsaals in Brüssel zurückzuführende Kosten in den Bereichen Reinigung, Energie und Sicherheit gegenüber (0,6 Millionen Euro pro Jahr). In der Untersuchung des Hofes werden die geschätzten Einsparungen daher um diesen Betrag gekürzt.

17. Bei einem Umzug von Straßburg nach Brüssel käme es auch zu zusätzlichen wiederkehrenden Kosten in Höhe von 0,9 Millionen Euro für 144 zusätzliche Zweitbüros, die in Brüssel für die regelmäßig an den Plenartagungen teilnehmenden Bediensteten aus Luxemburg erforderlich wären<sup>11</sup>.

#### Informatik, Ausrüstung und Mobiliar

18. In der Studie der Parlamentsverwaltung aus dem Jahr 2013 wird geschätzt, dass durch einen Umzug von Straßburg nach Brüssel jährlich 11,8 Millionen Euro in den Bereichen Informatik, Ausrüstung und Mobiliar eingespart werden könnten. In diesem Betrag sind die von der Generaldirektion Innovation und technologische Unterstützung (GD ITEC) geschätzten möglichen Gesamteinsparungen im Bereich der IT-Infrastruktur nicht enthalten. In der Untersuchung des Hofes sind deshalb zusätzliche geschätzte Einsparungen in Höhe von 0,2 Millionen Euro berücksichtigt.

---

<sup>11</sup> Berechnung auf der Grundlage von 20 Quadratmetern pro Büro (einschließlich der Gemeinschaftsflächen) und jährlichen Kosten von 321 Euro/m<sup>2</sup> (201 Euro Miete und 120 Euro Betriebskosten).

### Einsparungen durch weitere Effizienzgewinne

19. In der Studie von 2013 wird davon ausgegangen, dass Effizienzgewinne und damit Einsparungen in Höhe von jährlich 6,0 Millionen Euro möglich wären, wenn die Bediensteten weniger Zeit durch die Dienstreisen nach Straßburg verlieren (über 14 000 Fahrten zwischen Brüssel und Straßburg jedes Jahr). 75 % der Reisezeit sei verlorene Zeit, sodass bei einem Wegfall der Reisen entsprechende Personalkürzungen vorgenommen werden könnten. Der Hof schließt sich der Auffassung an, dass die durch weniger Reisen gesparte Zeit zu Effizienzgewinnen führen würde, allerdings nicht zu unmittelbaren Einsparungen im Haushalt.

20. In der Studie von 2013 wird geschätzt, dass durch die verschlankte Struktur nach einer Verlagerung der Tätigkeiten von Straßburg nach Brüssel 55 Stellen abgebaut werden könnten. Bei dieser Schätzung werden allerdings sieben Vertragsbedienstete nicht berücksichtigt. In der Untersuchung des Hofes sind deshalb zusätzliche geschätzte Einsparungen in Höhe von 0,3 Millionen Euro enthalten<sup>12</sup>.

21. In der Studie aus dem Jahr 2013 wird geschätzt, dass die Effizienzgewinne bei den Ausgaben für den ärztlichen Dienst des Parlaments zu Einsparungen in Höhe von 0,4 Millionen Euro führen. Diese Einsparungen sind in der Untersuchung des Hofes nicht berücksichtigt worden, da diese Ausgaben sich auf die Kosten für Arztbesuche und Untersuchungen beziehen, die ihrerseits von der Zahl der behandelten Personen abhängen, nicht jedoch von der Zahl der Arbeitsorte. Somit wird in diesem Bereich ein Umzug nicht zu nennenswerten Einsparungen führen.

22. In der Untersuchung des Hofes werden zusätzliche Einsparungen in Höhe von 0,3 Millionen Euro veranschlagt, da die Fahrdienste für die MdEP in Brüssel durchschnittlich günstiger sind als in Straßburg.

---

<sup>12</sup> Gestützt auf Durchschnittskosten in Höhe von 43 000 Euro je Vertragsbediensteten.



**Bei einem Verkauf der Gebäude in Straßburg (Option A) würden sich die einmaligen Einsparungen durch einen Umzug von Straßburg nach Brüssel auf 616 Millionen Euro belaufen**

23. Die Schätzungen des Hofes bezüglich der einmaligen Kosten und Einsparungen durch eine Verlagerung der Tätigkeiten von Straßburg nach Brüssel bei Verkauf der Gebäude in Straßburg sind in **Abbildung 3** dargestellt. In der Untersuchung der Verwaltung des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 2013 werden die einmaligen Kosten und Einsparungen nicht beziffert.

**Abbildung 3 Einmalige Kosten und Einsparungen durch Verlagerung der Tätigkeiten von Straßburg nach Brüssel bei Veräußerung der Gebäude (Option A)**

Art der Kosten/Einsparungen	(Kosten)/Einsparungen in Millionen Euro	
	Studie EP 2013	Studie EuRH
Kosten des Umzugs des Personals	keine Schätzung	(1,1)
Wert der Gebäude in Straßburg	keine Schätzung	656,2
Kosten der Unterhaltung der Gebäude in Straßburg für zwei Jahre	keine Schätzung	(39,0)
<b>Einmalige (Nettokosten)/Nettoeinsparungen</b>	<b>keine Schätzung</b>	<b>616,1</b>

#### Kosten des Umzugs des Personals

24. Etwa 50 Bedienstete würden von Straßburg nach Brüssel wechseln, wobei sich Tagegelder, Einrichtungsbeihilfen und Umzugskosten auf 1,1 Millionen Euro belaufen würden.

#### Wert der Gebäude in Straßburg

25. Dem Parlament stehen in Brüssel die gleichen Gebäude zur Verfügung wie in Straßburg, sodass keine einmaligen Kosten für die Beschaffung neuer Büroflächen oder Sitzungssäle anfallen würden. Unabhängig von einer Entscheidung über die Zusammenlegung seiner Tätigkeiten in Brüssel plant das Parlament, 2018/2019 den Plenarsaal in der belgischen Hauptstadt zu renovieren. Die Generaldirektion Infrastrukturen und Logistik (GD INLO) geht davon aus, dass keine zusätzlichen Arbeiten am Plenarsaal erforderlich wären, wenn alle

Plenartagungen in Brüssel abgehalten werden müssten. Bei der Festlegung des Zeitpunkts für einen möglichen Umzug nach Brüssel muss berücksichtigt werden, dass der Plenarsaal während der Renovierungsarbeiten nicht zur Verfügung steht.

26. Da das Parlament Eigentümer der Gebäude in Straßburg ist, würden Einnahmen aus ihrem Verkauf, ihrer Vermietung oder ihrer Nutzung durch andere EU-Einrichtungen Einsparungen für den EU-Haushalt bedeuten. Da es sehr schwer ist, den Wert der Gebäude in Straßburg genau zu bestimmen, enthält die Studie von 2013 keine diesbezüglichen Schätzungen. Die beste Möglichkeit, so heißt es in der Studie, bestehe darin, eine oder mehrere Einrichtungen mit ähnlichen Gebäudeanforderungen nach Straßburg zu verlagern. Der Nettobuchwert der Grundstücke und Gebäude des Parlaments in Straßburg beläuft sich auf 306,8 Millionen Euro<sup>13</sup>. 2009 schätzte ein externer Gutachter den Marktwert der Gebäude bedeutend höher ein – auf 981,0 Millionen Euro<sup>14</sup>. Durch den Wert der Grundstücke würde sich dieser Betrag auf 1 005,5 Millionen Euro erhöhen<sup>15</sup>. In der Untersuchung des Hofes wurde daher ein Durchschnittswert von 656,2 Millionen Euro angesetzt, um deutlich zu machen, dass der Verkauf, die Vermietung oder Einsparungen durch die alternative Nutzung der Gebäude in Straßburg eine erhebliche Einnahme darstellen würden. Allerdings könnten die besondere Gestaltung der Straßburg-Gebäude, die Volatilität des Immobilienmarkts und die der Stadt Straßburg eingeräumten Rechte, über den

---

<sup>13</sup> Nettobuchwert (Anschaffungskosten abzüglich der Abschreibungen) zum 31. Dezember 2013.

<sup>14</sup> Europäisches Parlament, Antworten auf den Fragenkatalog zur Entlastung für das Haushaltsjahr 2010, Ziffer 24 sowie Anhang auf Grundlage der Bewertung von IMMOLABEL.BE.

<sup>15</sup> Wenn das Parlament die Nutzung der Gebäude Winston Churchill, Salvador de Madariaga und Pierre Pflimlin aufgibt, hat die Stadt Straßburg das Recht, die Grundstücke für 1 Euro zurückzukaufen und die Gebäude zu einem vereinbarten Preis zu erwerben. Das Grundstück, auf dem das Gebäude Louise Weiss steht, wurde vom Europäischen Parlament gekauft. Sein Nettobuchwert beläuft sich auf 24,5 Millionen Euro.

Kauf einiger dieser Gebäude zu verhandeln, dazu führen, dass dieser geschätzte Verkaufswert weiter relativiert werden muss.

#### Kosten der Unterhaltung der Gebäude in Straßburg für zwei Jahre

27. Sollten die Gebäude in Straßburg zeitweise leer stehen und nicht genutzt werden, müsste das Parlament nach wie vor die Kosten für die Wartung decken. Die Kosten für Unterhaltung, Reinigung und Energie für die Gebäude in Straßburg außerhalb der Tagungswochen belaufen sich auf 346 000 Euro pro Woche<sup>16</sup>, das sind 18 Millionen Euro pro Jahr. Hinzu kämen geschätzte zusätzliche Kosten in Höhe von jährlich 1,5 Millionen Euro für die Aufrechterhaltung eines Mindestniveaus an Sicherheit. In der Untersuchung des Hofes werden für die Unterhaltung der Gebäude für zwei Jahre bis zur Veräußerung Kosten in Höhe von 39 Millionen Euro berücksichtigt.

#### **Werden die Gebäude in Straßburg nicht veräußert (Option B), entstünden einmalige Kosten in Höhe von 40 Millionen Euro**

28. In der Studie von 2013 wird erläutert, dass die Veräußerung der Gebäude in Straßburg aufgrund ihrer besonderen Gestaltung schwierig ist. Wenn es dem Parlament nicht gelingt, die Gebäude in Straßburg zu veräußern, käme die einmalige Einnahme für den EU-Haushalt nicht zustande. An die Stelle der geschätzten einmaligen Einsparung von 616,1 Millionen Euro insgesamt träten einmalige Kosten in Höhe von 40,1 Millionen Euro (siehe **Abbildung 4**), die noch höher ausfielen, wenn das Parlament die Gebäude mehr als zwei Jahre lang unterhalten müsste.

---

<sup>16</sup> Entlastung 2012 D(2013)61497 Ziffer 45.3.

**Abbildung 4 Einmalige Kosten und Einsparungen durch Verlagerung der Tätigkeiten von Straßburg nach Brüssel (keine Veräußerung der Gebäude – Option B)**

Art der Kosten/Einsparungen	(Kosten)/Einsparungen in Millionen Euro	
	Studie EP 2013	Studie EuRH
Kosten des Umzugs des Personals	keine Schätzung	(1,1)
Wert der Gebäude in Straßburg	keine Schätzung	0,0
Kosten der Unterhaltung der Gebäude in Straßburg für zwei Jahre	keine Schätzung	(39,0)
<b>Einmalige (Nettokosten)/Nettoeinsparungen</b>	<b>keine Schätzung</b>	<b>(40,1)</b>



Louise-Weiss-Gebäude, Straßburg  
Quelle: Europäisches Parlament

***Abschnitt 3 – Untersuchung des Hofes bezüglich möglicher Einsparungen, wenn auch die Tätigkeiten von Luxemburg nach Brüssel verlagert werden***

29. Im Rahmen des zweiten vom Hof geprüften Szenarios werden auch die in Luxemburg ausgeführten Tätigkeiten nach Brüssel verlagert. Das Parlament errichtet derzeit ein Bürogebäude in Luxemburg, in dem sämtliche in Luxemburg tätige Bedienstete, die gegenwärtig über mehrere Gebäude verteilt sind, untergebracht werden sollen. Das neue Gebäude (KAD) besteht im Wesentlichen

aus einem Neubau (KAD II), der 2016 fertiggestellt sein soll. Zudem soll das bereits existierende KAD-I-Gebäude bis 2018 renoviert werden<sup>17</sup>. Die Kosten des Vorhabens, einschließlich der Finanzierungskosten, werden auf 651,1 Millionen Euro geschätzt. In der Untersuchung des Hofes wird davon ausgegangen, dass ein etwaiger Umzug erst nach der Fertigstellung des KAD-Gebäudes stattfinden würde.

30. Bei einer Verlagerung der Tätigkeiten von Luxemburg nach Brüssel würden folgende Kosten und Einsparungen anfallen, in Abhängigkeit davon, ob die Bürogebäude in Brüssel gekauft (Option C) oder gemietet (Option D) werden sollen (siehe **Abbildung 5**):

- **Option C – Kauf:** Dadurch entstünden mögliche Einsparungen von 13,4 Millionen Euro jährlich (0,7 % des jährlichen Haushalts des Europäischen Parlaments). Es würden sich erhebliche einmalige Kosten in Höhe von 220,2 Millionen Euro für den Umzug der Bediensteten und für die zusätzlichen Kosten für die Errichtung von Büros in Brüssel ergeben, die den Verkaufswert des KAD-Gebäudes in Luxemburg überstiegen.
- **Option D – Miete:** Dadurch entstünden zusätzliche Kosten in Höhe von 16,4 Millionen Euro jährlich für die Anmietung von Büroflächen in Brüssel (0,9 % des jährlichen Haushalts des Europäischen Parlaments). Durch den Verkauf des KAD-Gebäudes in Luxemburg könnte jedoch eine einmalige Einnahme in Höhe von 476,1 Millionen Euro erzielt werden.

---

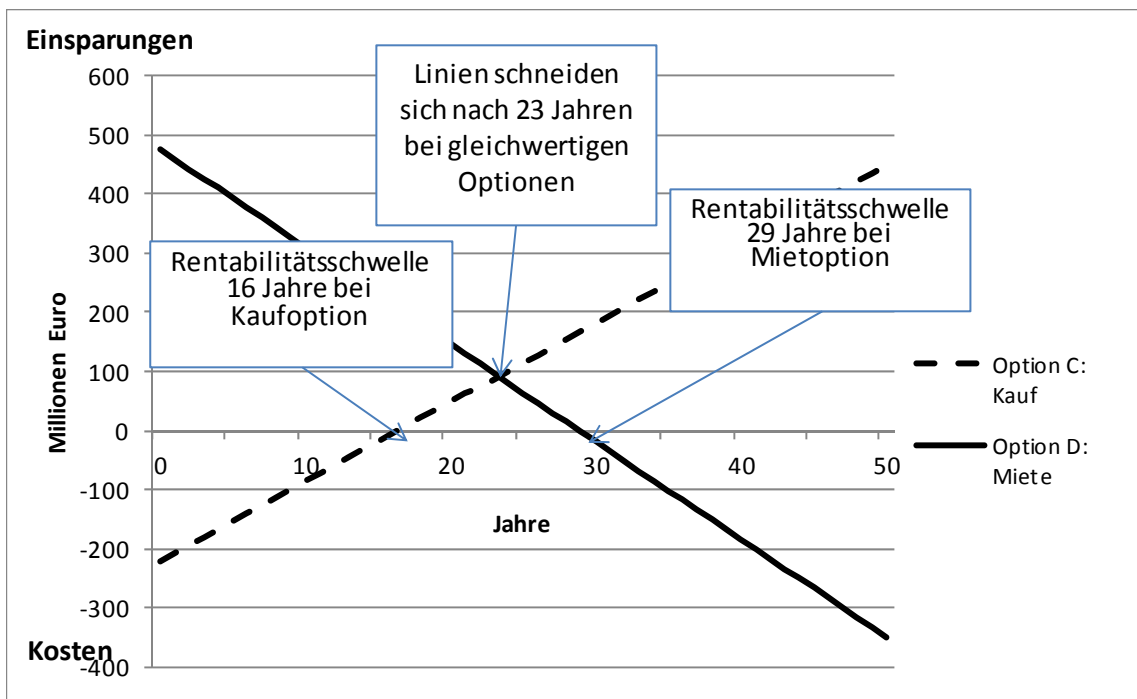
<sup>17</sup> Beschluss des Präsidiums vom 10. Januar 2012 und "KAD project / non KAD", vergleichende Tabellen 2012(D) 18188.

**Abbildung 5 Analyse der Rentabilitätsschwelle für die Optionen Kauf und Miete – Zeit bis zur Amortisation der Investition bzw. Zeit bis zur Absorption der einmaligen Einsparung**

	Option C: Kauf	Option D: Miete
	<b>Einsparungen/(Kosten) in Millionen Euro</b>	
Wiederkehrende jährliche (Kosten)/Einsparungen	13,4	(16,4)
Einmalige (Kosten)/Einsparungen	(220,2)	476,1
	<b>Jahre</b>	
<b>Jahre bis zur Amortisation der Investition</b>	<b>16,4</b>	
<b>Jahre bis zur Absorption der einmaligen Einsparung</b>		<b>29,0</b>

31. Der kumulierte Wert der Kosten und Einsparungen über einen Zeitraum von 50 Jahren für beide Optionen (Kauf und Miete) wird in **Abbildung 6** dargestellt. Diese Kosten und Einsparungen werden in den Ziffern 33-49 näher analysiert.

**Abbildung 6 Kumulierter Wert der Kosten und Einsparungen über einen Zeitraum von 50 Jahren bei Kauf oder Miete**



32. Bei der Investitionsanalyse kann ein Abzinsungssatz angewandt werden, um Kosten und Nutzen, die zu verschiedenen Zeitpunkten auftreten, vergleichen zu

können<sup>18</sup>. Bei einem Abzinsungssatz von 3,5 % ergäbe sich eine geringe Differenz zwischen beiden Optionen über einen Zeitraum von 50 Jahren.

### **Die wiederkehrenden Einsparungen durch den Kauf von Büroflächen in Brüssel (Option C) würden 13 Millionen Euro pro Jahr betragen**

33. Die Schätzungen des Hofes in Bezug auf mögliche wiederkehrende Einsparungen durch eine Verlagerung der Tätigkeiten von Luxemburg nach Brüssel werden in **Abbildung 7** dargestellt. Diese möglichen Einsparungen in Höhe von 13,4 Millionen Euro würden unabhängig davon eintreten, ob das Parlament Büroflächen in Brüssel kauft oder mietet. Wenn das Parlament jedoch beschließt, Büroflächen zu mieten, müsste es zusätzliche wiederkehrende Kosten für Mietzahlungen tragen (siehe Ziffer 46).

#### **Abbildung 7 Wiederkehrende Einsparungen durch den Kauf von Büroflächen in Brüssel für die Bediensteten aus Luxemburg**

Kategorie	Millionen Euro jährlich		
	Studie EP 2013	Studie EuRH	Differenz
Dienstreisekosten und sonstige Kosten für Beförderung und Kommunikation	5,5	4,9	-0,6
Gebäude und Nebenkosten	0,6	1,3	+0,7
Einsparungen durch weitere Effizienzgewinne	8,9	7,2	-1,7
<b>Wiederkehrende Einsparungen insgesamt</b>	<b>15,0</b>	<b>13,4</b>	<b>-1,6</b>

#### Dienstreisekosten und sonstige Kosten für Beförderung und Kommunikation

34. Die Studie der Verwaltung des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 2013 beruht auf den tatsächlichen Ausgaben für Dienstreisen des Personals im Jahr 2012. Die Untersuchung des Hofes basiert auf den Ausgaben für

<sup>18</sup> Die Europäische Kommission empfiehlt einen Abzinsungssatz von 3,5 % für EU-Länder. Siehe "Die volkswirtschaftliche Prüfung von Investitionsvorhaben bei der EIB", März 2013. Die Prüfung erfolgt auf der Grundlage konstanter Marktpreise (im Falle der Untersuchung des Hofes der Preise von 2014), und Zinszahlungen sind ausgenommen, weil ihre Auswirkungen im Abzinsungssatz berücksichtigt sind.

Dienstreisen des Personals im Jahr 2013, die um 0,6 Millionen Euro geringer ausfielen.

#### Gebäude und Nebenkosten

35. Bei einem Umzug von Luxemburg nach Brüssel würden die 144 zusätzlichen Zweitbüros nicht mehr benötigt, die bei einem Umzug lediglich von Straßburg nach Brüssel erforderlich wären (siehe Ziffer 17). Damit ließen sich 0,9 Millionen Euro einsparen.

36. In der Studie von 2013 wird davon ausgegangen, dass für 175 Zweitbüros in Brüssel und Luxemburg, die von Bediensteten aus dem anderen Arbeitsort genutzt werden, bei den gebäudebezogenen Ausgaben 0,6 Millionen Euro (z. B. Energie, Reinigung, Sicherheit, Miete) eingespart werden können. Nach der Untersuchung des Hofes würden die Einsparungen 0,4 Millionen Euro betragen, da die Einsparungen bei Mietzahlungen nicht einbezogen werden. In der Untersuchung des Hofes erscheinen diese Einsparungen stattdessen in Form einer geringeren zusätzlichen Geschossfläche, die in Brüssel gekauft oder gemietet werden muss (siehe Ziffern 42 und 46).

#### Einsparungen durch weitere Effizienzgewinne

37. In der Studie von 2013 wird geschätzt, dass die Effizienzgewinne aufgrund der Tatsache, dass das Personal weniger Zeit für Reisen zwischen Luxemburg und Brüssel aufwenden müsste, zu Einsparungen im Haushalt in Höhe von 3,2 Millionen Euro jährlich führen würden. Wie auch im Falle der Reisen nach Straßburg (siehe Ziffer 19) schließt sich der Hof der Auffassung an, dass die durch weniger anfallende Reisen gesparte Zeit zu Effizienzgewinnen führen würde, allerdings nicht zu Einsparungen für den Haushalt.

38. In der Studie von 2013 wird geschätzt, dass durch die verschlankte Struktur nach einer Verlagerung der Tätigkeiten von Luxemburg nach Brüssel 53 Stellen abgebaut werden könnten. Bei der Schätzung der Stellenkürzungen werden allerdings fünf Vertragsbedienstete nicht berücksichtigt. In der Untersuchung des



Hofes sind deshalb zusätzliche geschätzte Einsparungen in Höhe von 0,2 Millionen Euro enthalten<sup>19</sup>. In der Studie von 2013 werden ferner die Einsparungen bei Büroflächen im Zusammenhang mit Personalkürzungen zu niedrig geschätzt. In der Untersuchung des Hofes sind deshalb zusätzliche geschätzte Einsparungen in Höhe von 0,1 Millionen Euro enthalten<sup>20</sup>.

39. Kurzfristig fielen geschätzte zusätzliche Kosten von 0,2 Millionen Euro an, da bei einem Umzug nach Brüssel mehr Bedienstete Anspruch auf die Auslandszulage hätten. Allerdings ist der Anteil der Parlamentsbediensteten in Brüssel, die eine Auslandszulage erhalten, mit 72 % geringer als in Luxemburg mit 90 %. Bei einer Personalfluktuation von 4 % jährlich ist davon auszugehen, dass die Zahl der Bediensteten mit Anspruch auf eine Auslandszulage mit der Zeit zurückgeht. Wird angenommen, dass der Anteil auf 81 % sinkt, so würden aus den zusätzlichen Kosten jährliche Einsparungen von schätzungsweise 2,5 Millionen Euro. Da diese Einsparungen erst mit einem allmählichen Personalwechsel voll zum Tragen kommen würden, werden die jährlichen Einsparungen im Durchschnitt über 25 Jahre auf 1,2 Millionen Euro geschätzt.

### **Die einmaligen Kosten des Kaufs von Büroflächen in Brüssel (Option C) würden 220 Millionen Euro betragen**

40. Der Hof schätzt die einmaligen Kosten des Kaufs von Büroflächen in Brüssel für die aus Luxemburg umziehenden Bediensteten auf 220,2 Millionen Euro (siehe **Abbildung 8**).

---

<sup>19</sup> Gestützt auf Durchschnittskosten in Höhe von 43 000 Euro je Vertragsbediensteten.

<sup>20</sup> Die Untersuchung des Parlaments beruht auf einer geschätzten Bürofläche von 20 m<sup>2</sup> und Kosten von 180 Euro/m<sup>2</sup>. In der Praxis geht die GD INLO von einer durchschnittlichen Bruttogröße von 40 m<sup>2</sup> je Büro aus. Die Kosten pro Quadratmeter (ausschließlich der Miete) liegen bei 120 Euro/m<sup>2</sup>.

**Abbildung 8 Einmalige Kosten des Kaufs von Büroflächen in Brüssel für Bedienstete aus Luxemburg**

Art der Kosten/Einsparungen	(Kosten)/Einsparungen in Millionen Euro		
	Studie EP 2013	Studie EuRH	Differenz
Kosten des Umzugs des Personals	(58,6)	(54,2)	+4,4
Kosten der Errichtung von Büroräumen in Brüssel	(1 231,1)	(696,3)	+534,8
Verkaufswert des KAD-Gebäudes Luxemburg	651,1	530,3	-120,8
<b>Einmalige (Nettokosten)/Nettoeinsparungen</b>	<b>(638,6)</b>	<b>(220,2)</b>	<b>+418,4</b>

#### Kosten des Umzugs des Personals

41. In der Studie von 2013 wird geschätzt, dass die einmaligen Kosten des Umzugs des Personals von Luxemburg nach Brüssel 58,6 Millionen Euro betragen werden. Inbegriffen sind 4,4 Millionen Euro für die aufgrund des Umzugs verlorengegangene Arbeitszeit. Diese würde jedoch keine direkten Kosten für den Haushalt implizieren. Der Hof schätzt deshalb die einmaligen Kosten des Umzugs des Personals (Tagegelder, Einrichtungsbeihilfen und Umzugskosten) auf 54,2 Millionen Euro.

#### Kosten der Errichtung von Büroräumen in Brüssel

42. In der Studie von 2013 wird erläutert, dass die Errichtung von Büroräumen in Luxemburg kostengünstiger sei als in Brüssel, weil Luxemburg das Grundstück für die Errichtung des KAD-Gebäudes für den symbolischen Preis von einem Euro bereitgestellt hat. In der Studie von 2013 wird geschätzt, dass es 1 231,1 Millionen Euro kosten würde, in Brüssel Büroräume in ähnlicher Größenordnung wie im KAD zu errichten, um die Bediensteten aus Luxemburg unterzubringen. Diese Schätzung beruhte auf den Kosten/m<sup>2</sup> (4 745 Euro), einschließlich der Finanzierungskosten, für die Errichtung des TREBEL-Gebäudes im Brüsseler Europaviertel. Allerdings wurden die Kosten für den Bau erheblich zu hoch angesetzt, weil nicht die einschlägigen Dimensionen des KAD

zugrunde gelegt wurden<sup>21</sup>. Darüber hinaus werden weder die 175 Zweitbüros in Brüssel und Luxemburg berücksichtigt, die von Bediensteten aus dem anderen Arbeitsort genutzt werden und die dann nicht mehr benötigt würden (siehe Ziffer 36), noch der Abbau von 58 Stellen beim Personal aus Luxemburg (siehe Ziffer 38). In der Untersuchung des Hofes belaufen sich die geschätzten Kosten für den Bau in Brüssel auf 696,3 Millionen Euro<sup>22</sup>.

#### Verkaufswert des KAD-Gebäudes in Luxemburg

43. Der Hof hat eine vorsichtige Schätzung des Verkaufswerts der frei werdenden KAD-Büros in Luxemburg vorgenommen, wofür er die Baukosten von 530,3 Millionen Euro zugrunde legte<sup>23</sup>. Die Schätzung, die die Verwaltung des Europäischen Parlaments in ihrer Studie von 2013 vorgenommen hat, liegt um 120,8 Millionen Euro höher, da sie auch die Finanzierungskosten umfasst. Welcher Wert sich letztlich realisieren lässt, hängt jedoch auch davon ab, wie sich die nationalen Rechtsvorschriften über die Nutzung der Gebäude in dieser Lage auf den Markt auswirken werden.

44. Das KAD ist ein Standardbürogebäude in attraktiver Lage, die dem allgemeinen Luxemburger Raumordnungsplan für das Kirchberg-Plateau (*Plan d'aménagement général du territoire - Plateau du Kirchberg*)<sup>24</sup> unterliegt. Die Grundstücke und die darauf errichteten Gebäude des Europäischen Parlaments

---

<sup>21</sup> In der Studie von 2013 wird für das KAD eine Geschossfläche von 259 429 m<sup>2</sup> zugrunde gelegt. Dies ist die Bruttogeschossfläche, einschließlich der Untergeschossflächen. Die Berechnungen hätten jedoch korrekterweise auf der Geschossfläche abzüglich der Untergeschosse beruhen müssen, die 154 000 m<sup>2</sup> beträgt.

<sup>22</sup> Bei Kosten von 4 700 Euro/m<sup>2</sup> (ohne Finanzierungskosten) für 148 180 m<sup>2</sup> (154 000 m<sup>2</sup> abzüglich 175 Büros à 20 m<sup>2</sup> und 58 Büros à 40 m<sup>2</sup> = 5 820 m<sup>2</sup>).

<sup>23</sup> Da sich das KAD gegenwärtig im Bau befindet und erst 2016 (neues KAD) und 2018 (Renovierung des existierenden KAD) fertiggestellt sein wird, könnte sich der Zeitpunkt einer möglichen Entscheidung über einen Umzug von Luxemburg nach Brüssel sowohl auf die Baukosten als auch auf den Wert des KAD auswirken.

<sup>24</sup> [www.fondskirchberg.lu](http://www.fondskirchberg.lu).

gelten als Gebäude und Anlagen von nationalem Interesse im Sinne des Luxemburger Rechts.

45. Nach den Bedingungen für die Übertragung der Grundstücke<sup>25</sup> kann das Europäische Parlament Verhandlungen über den Verkauf des KAD an die Luxemburger Regierung, ein anderes EU-Organ oder eine internationale Organisation erwägen. Wird das KAD nicht zum Zeitpunkt des Umzugs des Personals nach Brüssel veräußert, müsste das Parlament weiter die Kosten für die Wartung decken<sup>26</sup>. In der Untersuchung des Hofes wird davon ausgegangen, dass in dem Zeitraum, der für den Kauf oder die Anmietung von Flächen in Brüssel für das Personal aus Luxemburg nötig ist, eine angemessene Lösung für das KAD-Gebäude gefunden wird.

**Die wiederkehrenden zusätzlichen Kosten durch die Anmietung von Büroflächen in Brüssel (Option D) würden 16 Millionen Euro pro Jahr betragen**

46. Wenn das Parlament beschließt, zu mieten statt zu bauen<sup>27</sup>, würde es dennoch die wiederkehrenden Einsparungen von 13,4 Millionen Euro in Bezug auf Reisen und Effizienzgewinne verzeichnen, wie in den Ziffern 33-39 und **Abbildung 7** beschrieben. Diese Einsparungen würden allerdings durch die zusätzlichen Ausgaben für Mieten im Brüsseler Europaviertel ausgeglichen, die

---

<sup>25</sup> Einschließlich des Übertragungsakts zwischen dem Großherzogtum Luxemburg und der Europäischen Union vom 13. Dezember 2011.

<sup>26</sup> Bei Zugrundelegung der Kosten für die Unterhaltung der leerstehenden Gebäude in Straßburg (19,5 Millionen Euro jährlich für 218 272 m<sup>2</sup>) würde die Unterhaltung des 154 000 m<sup>2</sup> umfassenden KAD-Gebäudes jährlich 13,8 Millionen Euro kosten.

<sup>27</sup> In der Studie der Verwaltung des Europäischen Parlaments von 2013 wird diese Option ausgeklammert, weil zu dieser Zeit keine Büroflächen für 2 500 Personen in der Nähe des Europäischen Parlaments zur Anmietung zur Verfügung standen. In der Untersuchung des Hofes wird davon ausgegangen, dass es entsprechende Möglichkeiten geben wird, wenn auch vielleicht nicht für alle Bediensteten zum selben Zeitpunkt.

sich bei 201 Euro/m<sup>2</sup> auf 29,8 Millionen Euro jährlich belaufen würden<sup>28</sup>. Damit entstünden jährliche Kosten in Höhe von 16,4 Millionen Euro (siehe **Abbildung 9**). Die Differenz von 12,1 Millionen Euro in der Kategorie "Gebäude und Nebenkosten" ergibt sich daraus, dass die Schätzung des Parlaments in Bezug auf die zusätzlichen Mietkosten in Brüssel auf einem Vergleich mit den aktuellen Mietkosten in Luxemburg beruhte, während der Hof in seiner Untersuchung davon ausgeht, dass das Parlament Eigentümer des KAD in Luxemburg ist und nicht länger mietet (siehe Ziffer 29).

**Abbildung 9 Wiederkehrende Kosten durch die Anmietung von Büroflächen in Brüssel für die Bediensteten aus Luxemburg**

Kategorie	(Kosten)/Einsparungen in Millionen Euro jährlich		
	Studie EP 2013	Studie EuRH	Differenz
Dienstreisekosten und sonstige Kosten für Beförderung und Kommunikation	5,5	4,9	-0,6
Wert der Arbeitsstunden, die durch weniger Reisen eingespart werden	3,2	0,0	-3,2
Gebäude und Nebenkosten	(16,4)	(28,5)	-12,1
Einsparungen durch weitere Effizienzgewinne	5,7	7,2	+1,5
<b>Wiederkehrende (Kosten)/Einsparungen insgesamt</b>	<b>(2,0)</b>	<b>(16,4)</b>	<b>-14,4</b>

<sup>28</sup> Auf der Grundlage einer Gesamtfläche von 148 180 m<sup>2</sup>. Der Mietpreis von 201 Euro/m<sup>2</sup> stützt sich auf den Preis für das Gebäude am Square de Meeus im Europaviertel. Für das Parlament kommen grundsätzlich nur Büros innerhalb eines Umkreises von einem Kilometer um das Hauptgebäude in Frage. In seiner Untersuchung schließt sich der Hof dieser Linie an. Allerdings könnten die Kosten reduziert werden, wenn Büros außerhalb des Europaviertels gefunden würden, insbesondere für Bedienstete wie Übersetzer, die keine direkte Unterstützung für die MdEP oder anderes Personal erbringen. Bei seiner Untersuchung der Mietkosten für Brüssel legte der Hof die geplante Quadratmeterzahl für das KAD-Gebäude in Luxemburg zugrunde. Bei Anmietung von Büroflächen könnte die Quadratmeterzahl flexibel an den Bedarf des Parlaments und die dort üblichen durchschnittlich 40 m<sup>2</sup> pro Person angepasst werden. In Luxemburg nutzt das Parlament gegenwärtig 128 620 m<sup>2</sup>. Bei einer Reduzierung um 233 Büros (5 820 m<sup>2</sup>) würde die Anmietung von 122 800 m<sup>2</sup> in Brüssel zu 150 Euro/m<sup>2</sup> 18,4 Millionen Euro und nicht 29,8 Millionen Euro jährlich kosten.

**Die einmaligen Einsparungen durch die Anmietung von Büroflächen in Brüssel (Option D) würden 476 Millionen Euro betragen**

47. Der Hof schätzt die einmaligen Einsparungen durch einen Umzug von Luxemburg in angemietete Büros in Brüssel auf 476,1 Millionen Euro (siehe **Abbildung 10**).

**Abbildung 10 Einmalige Einsparungen durch Anmietung von Büroflächen in Brüssel**

Art der Kosten/Einsparungen	(Kosten)/Einsparungen in Millionen Euro		
	Studie EP 2013	Studie EuRH	Differenz
Kosten des Umzugs des Personals	(58,6)	(54,2)	+4,4
Verkaufswert des KAD-Gebäudes Luxemburg	651,1	530,3	-120,8
<b>Einmalige Nettoeinsparungen</b>	<b>592,5</b>	<b>476,1</b>	<b>-116,4</b>

Kosten des Umzugs des Personals

48. Würde das Parlament Büroflächen in Brüssel mieten, fielen nach wie vor die einmaligen Kosten für den Umzug des Personals von Luxemburg nach Brüssel in Höhe von 54,2 Millionen Euro an (siehe Ziffer 41).

Verkaufswert des KAD-Gebäudes in Luxemburg

49. Wenn das Parlament in Brüssel Büros mieten würde, fielen keine einmaligen Kosten für die Errichtung von Büroflächen in Brüssel an. Das Parlament würde jedoch trotzdem vom Wert des frei werdenden KAD-Gebäudes in Luxemburg profitieren, der den Baukosten von 530,3 Millionen Euro entspricht (siehe Ziffer 43).



Geplantes KAD-Gebäude, Luxemburg

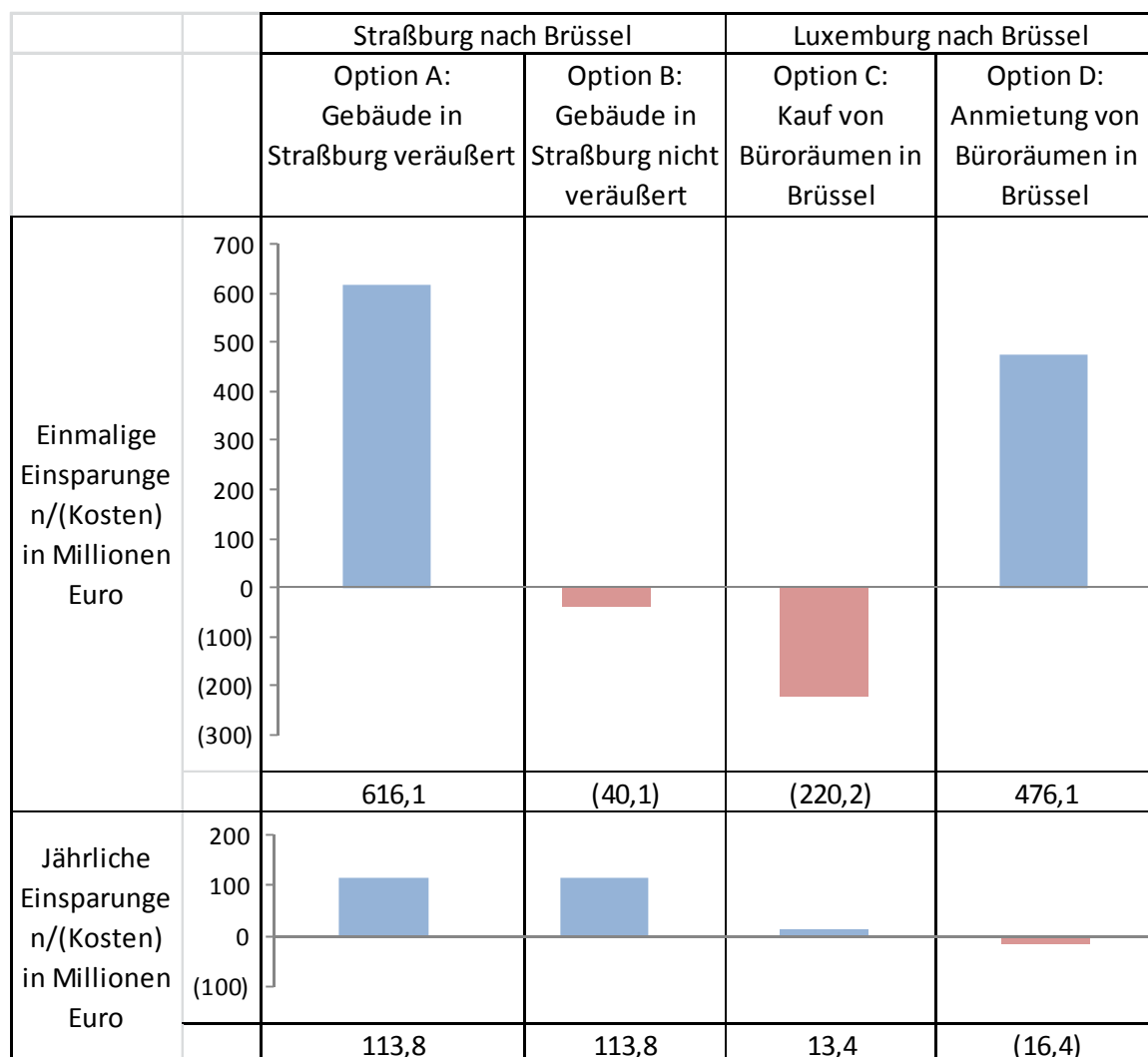
Quelle: Europäisches Parlament

### **ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN**

***Durch einen Umzug von Straßburg nach Brüssel könnten beträchtliche Einsparungen erzielt werden, die durch einen zusätzlichen Umzug von Luxemburg nach Brüssel geringfügig höher ausfielen***

50. Die geschätzten einmaligen und wiederkehrenden Kosten und Einsparungen bei einem Umzug von Straßburg nach Brüssel sowie von Luxemburg nach Brüssel werden in **Abbildung 11** und **Anhang 4** zusammengefasst.

**Abbildung 11 Zusammenfassung der einmaligen und wiederkehrenden Kosten und Einsparungen bei Umzug von Straßburg nach Brüssel bzw. von Luxemburg nach Brüssel (getrennte Betrachtung)**



51. Ein Umzug von Straßburg nach Brüssel würde zu wiederkehrenden Einsparungen für den EU-Haushalt von geschätzt 113,8 Millionen Euro (6,3 % des Haushalts des Europäischen Parlaments) führen. Die Veräußerung der Gebäude in Straßburg würde zudem eine erhebliche, wenngleich schwer zu beziffernde einmalige Einnahme erbringen. Die Schätzung des Hofes (656,2 Millionen Euro) beruht auf dem Durchschnitt aus ihrem Nettobuchwert (306,8 Millionen Euro) und einer externen Bewertung ihres Marktwerts



(1 005,5 Millionen Euro). Dieser Einnahme gegenüber stünden die einmaligen Kosten für den Umzug des Personals in Höhe von 1,1 Millionen Euro sowie die Kosten für die Unterhaltung der Gebäude, bis eine angemessene Lösung gefunden ist (in der Untersuchung des Hofes sind dafür 39 Millionen Euro eingerechnet). Gelingt es dem Parlament jedoch nicht, die Gebäude in Straßburg zu veräußern, käme die einmalige Einnahme für den EU-Haushalt nicht zustande. An die Stelle der geschätzten einmaligen Einsparung von 616,1 Millionen Euro insgesamt träten einmalige Kosten in Höhe von 40,1 Millionen Euro.

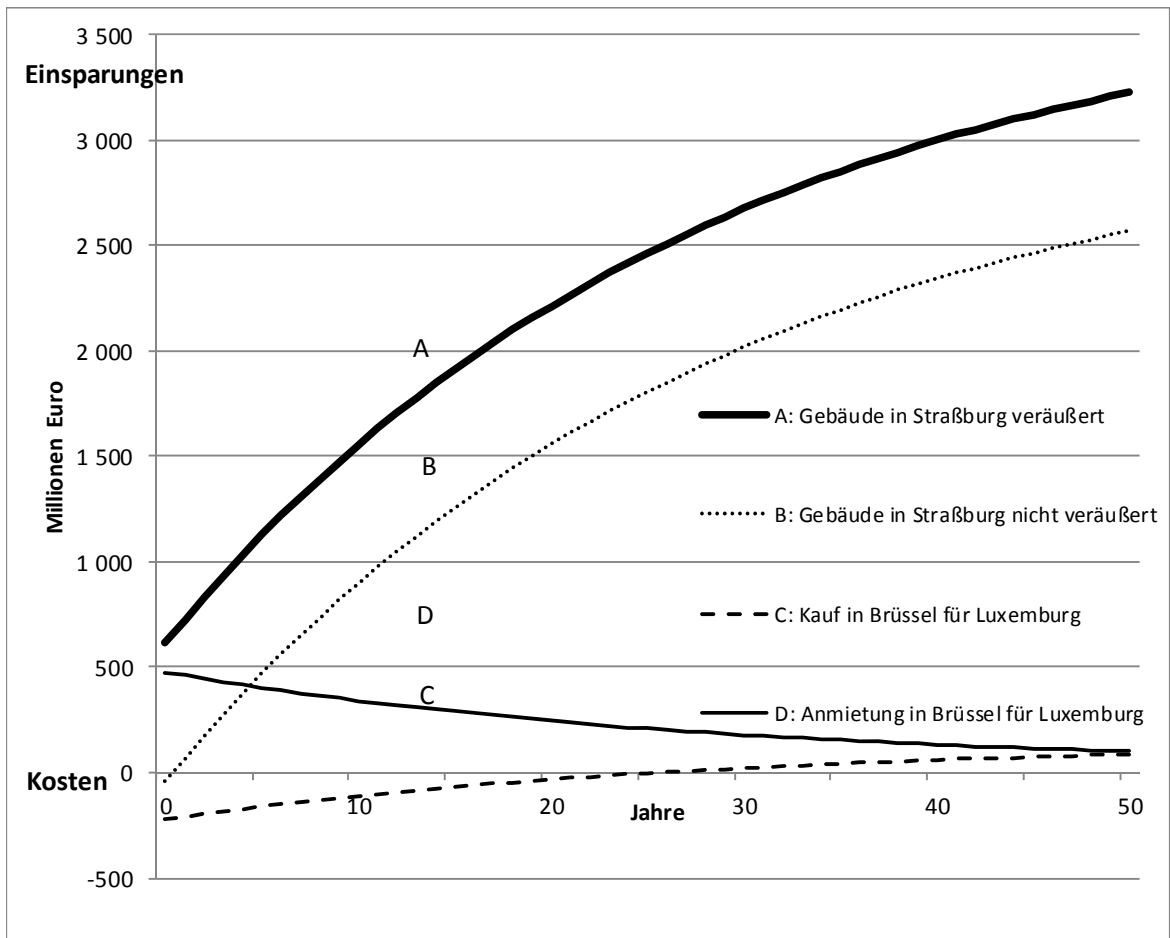
52. Die bei einem Umzug von Luxemburg nach Brüssel anfallenden Kosten und Einsparungen würden davon abhängen, ob die Büroflächen in Brüssel gekauft oder gemietet werden sollen:

- a) Die Errichtung von Büroflächen in Brüssel würde zu geschätzten wiederkehrenden Einsparungen von 13,4 Millionen Euro (0,7 % des Haushalts des Europäischen Parlaments) führen. Allerdings würden einmalige Kosten in Höhe von 220,2 Millionen Euro für den Umzug der Bediensteten und die zusätzlichen Kosten für die Errichtung von Büros in Brüssel anfallen.
- b) Die Anmietung von Büroflächen in Brüssel würde statt zu Einsparungen zu wiederkehrenden jährlichen Kosten von 16,4 Millionen Euro (0,9 % des Haushalts des Europäischen Parlaments) führen. Es könnte allerdings eine geschätzte einmalige Einnahme von 476,1 Millionen Euro aus dem Wert des KAD-Gebäudes in Luxemburg abzüglich der Kosten des Umzugs des Personals erzielt werden.

53. **Abbildung 12** zeigt den kumulierten Barwert der Kosten und Einsparungen dieser vier Szenarien über 50 Jahre bei einem Abzinsungssatz von 3,5 % (siehe Fußnote 18). Bei einem Umzug von Straßburg nach Brüssel könnten Einsparungen von 3,2 Milliarden Euro erzielt werden (2,6 Milliarden Euro, wenn die Gebäude nicht veräußert werden). Bei einem Umzug von Luxemburg nach

Brüssel könnten weitere Einsparungen von 0,1 Milliarden Euro erzielt werden, und zwar unabhängig davon, ob Gebäude in Brüssel gekauft oder gemietet werden.

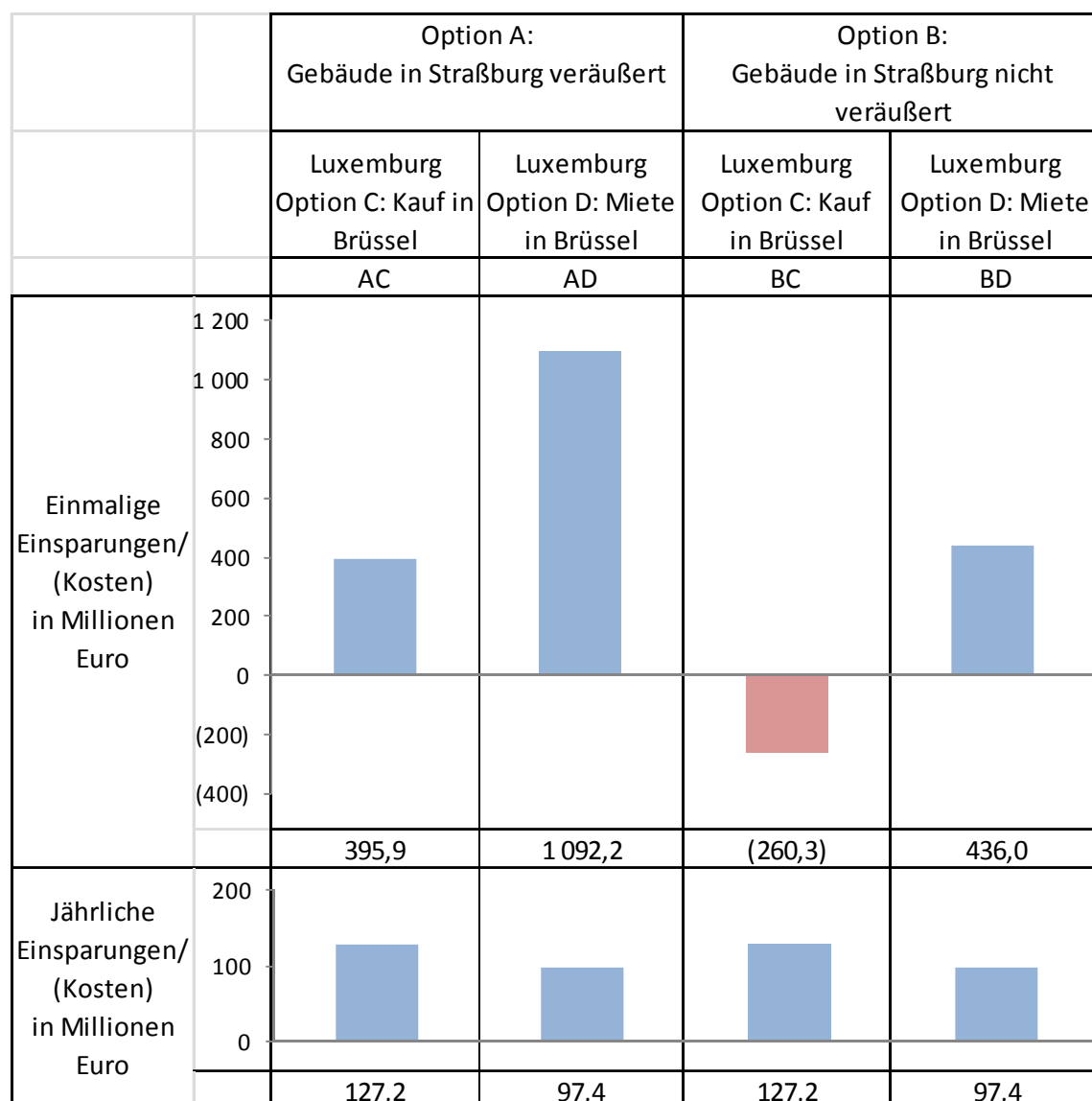
**Abbildung 12 Kumulierter Barwert eines Umzugs von Straßburg nach Brüssel bzw. von Luxemburg nach Brüssel (getrennte Betrachtung)**



54. Die geschätzten einmaligen und wiederkehrenden Einsparungen bei einem Umzug sowohl von Straßburg als auch von Luxemburg und die Zusammenlegung aller Tätigkeiten in Brüssel sind in **Abbildung 13** zusammengefasst. Bei einem Verkauf der Gebäude in Straßburg würden wiederkehrende kombinierte Gesamteinsparungen von 127,2 Millionen Euro sowie eine kombinierte einmalige Einnahme von 395,9 Millionen Euro erzielt, wenn in Brüssel Büroflächen gekauft werden. Wenn Büroflächen angemietet werden, würden wiederkehrende kombinierte Gesamteinsparungen von 97,4 Millionen Euro sowie eine kombinierte

einmalige Einnahme von 1 092,2 Millionen Euro erzielt. Würden die Gebäude in Straßburg jedoch nicht verkauft, würde die einmalige Einnahme in beiden Fällen um 656,2 Millionen Euro geringer ausfallen.

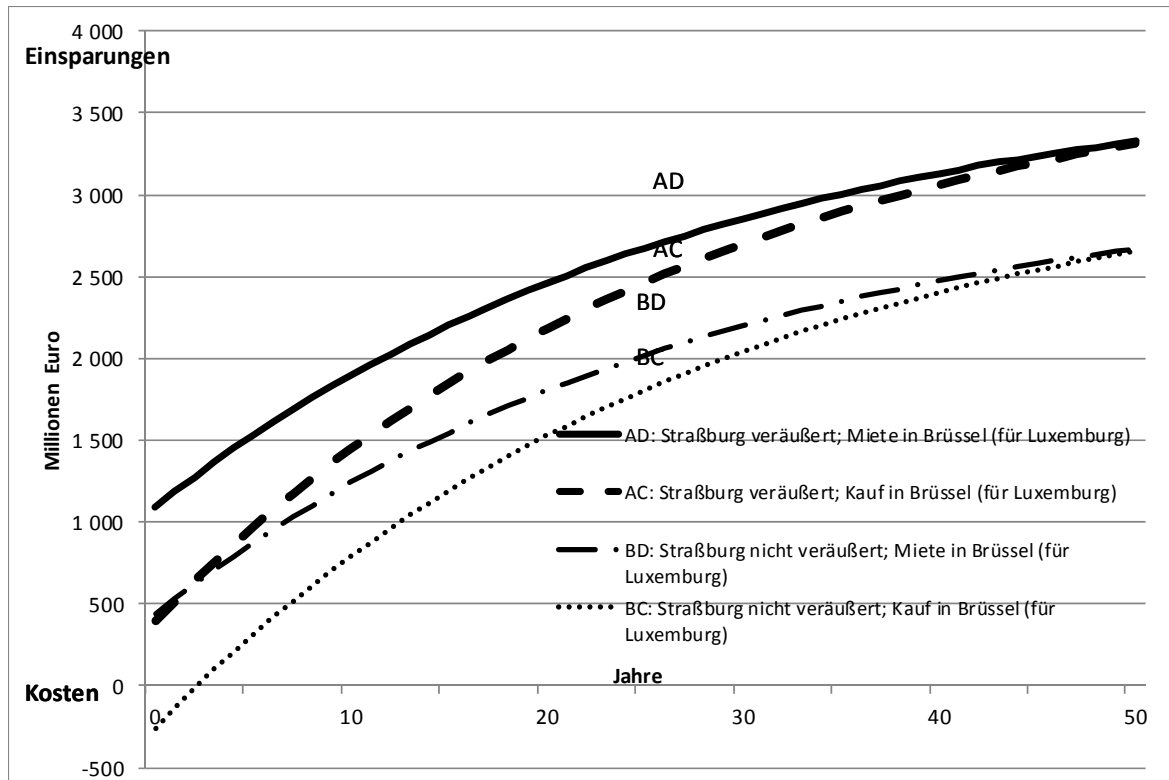
**Abbildung 13 Zusammenfassung der einmaligen und wiederkehrenden Einsparungen bei Umzug sowohl von Straßburg als auch von Luxemburg nach Brüssel**



55. In **Abbildung 14** werden die vier Szenarien für einen Umzug sowohl von Straßburg als auch von Luxemburg nach Brüssel über einen längeren Zeitraum verglichen. Für jedes Szenario wird der kumulierte Barwert der Kosten und

Einsparungen bei einem Umzug dargestellt, bei einem Betrachtungszeitraum von 50 Jahren und einem Abzinsungssatz von 3,5 %.

**Abbildung 14 Kumulierter Barwert der Einsparungen bei Umzug sowohl von Straßburg als auch von Luxemburg nach Brüssel**



56. Bei Veräußerung der Gebäude in Straßburg beträgt der geschätzte Nettobarwert der möglichen Einsparungen über 50 Jahre rund 3,3 Milliarden Euro (das Doppelte des jährlichen Haushalts des Europäischen Parlaments), und zwar unabhängig davon, ob für das aus Luxemburg umziehende Personal Büroflächen in Brüssel gekauft oder gemietet werden. Werden die Gebäude in Straßburg nicht veräußert, beträgt der geschätzte Nettobarwert der möglichen Einsparungen über 50 Jahre rund 2,7 Milliarden Euro, ebenfalls unabhängig davon, ob die Büroflächen in Brüssel gekauft oder angemietet werden. Über einen kürzeren Zeitraum gesehen lassen sich bei Anmietung größere Einsparungen als bei Kauf erzielen. Der Nettobarwert der Einsparungen, der jeweils im Rahmen der vier Optionen für die Zusammenlegung aller Tätigkeiten in Brüssel über einen

Zeitraum von 25 und 50 Jahren erzielt werden kann, wird in **Abbildung 15** dargestellt.

**Abbildung 15 Barwert der Einsparungen bei Zusammenlegung aller Tätigkeiten in Brüssel über 25 und 50 Jahre**

Option	Straßburg	Luxemburg	Einsparungen in Millionen Euro	
			Nettoarwert über 25 Jahre	Nettoarwert über 50 Jahre
AD	Gebäude veräußert	Anmietung von Büroräumen in Brüssel	2 676	3 325
AC	Gebäude veräußert	Kauf von Büroräumen in Brüssel	2 464	3 312
BD	Gebäude nicht veräußert	Anmietung von Büroräumen in Brüssel	2 019	2 669
BC	Gebäude nicht veräußert	Kauf von Büroräumen in Brüssel	1 808	2 656

57. Die Untersuchung des Hofes zu den künftigen möglichen Einsparungen aus der Zusammenlegung der Tätigkeiten des Europäischen Parlaments an einem Ort bietet nicht die gleiche Sicherheit wie eine Prüfung der Anschaffungskosten. Insbesondere der Wert der Gebäude kann nur annähernd bestimmt werden. Seiner Untersuchung hat der Hof bestimmte Prämissen zugrunde gelegt. Jede Entscheidung über die Zusammenlegung der Parlamentstätigkeiten an einem Ort wird nicht nur von finanziellen Erwägungen, sondern auch von anderen Faktoren abhängen, unter anderem von den einschlägigen Bestimmungen des Vertrags.

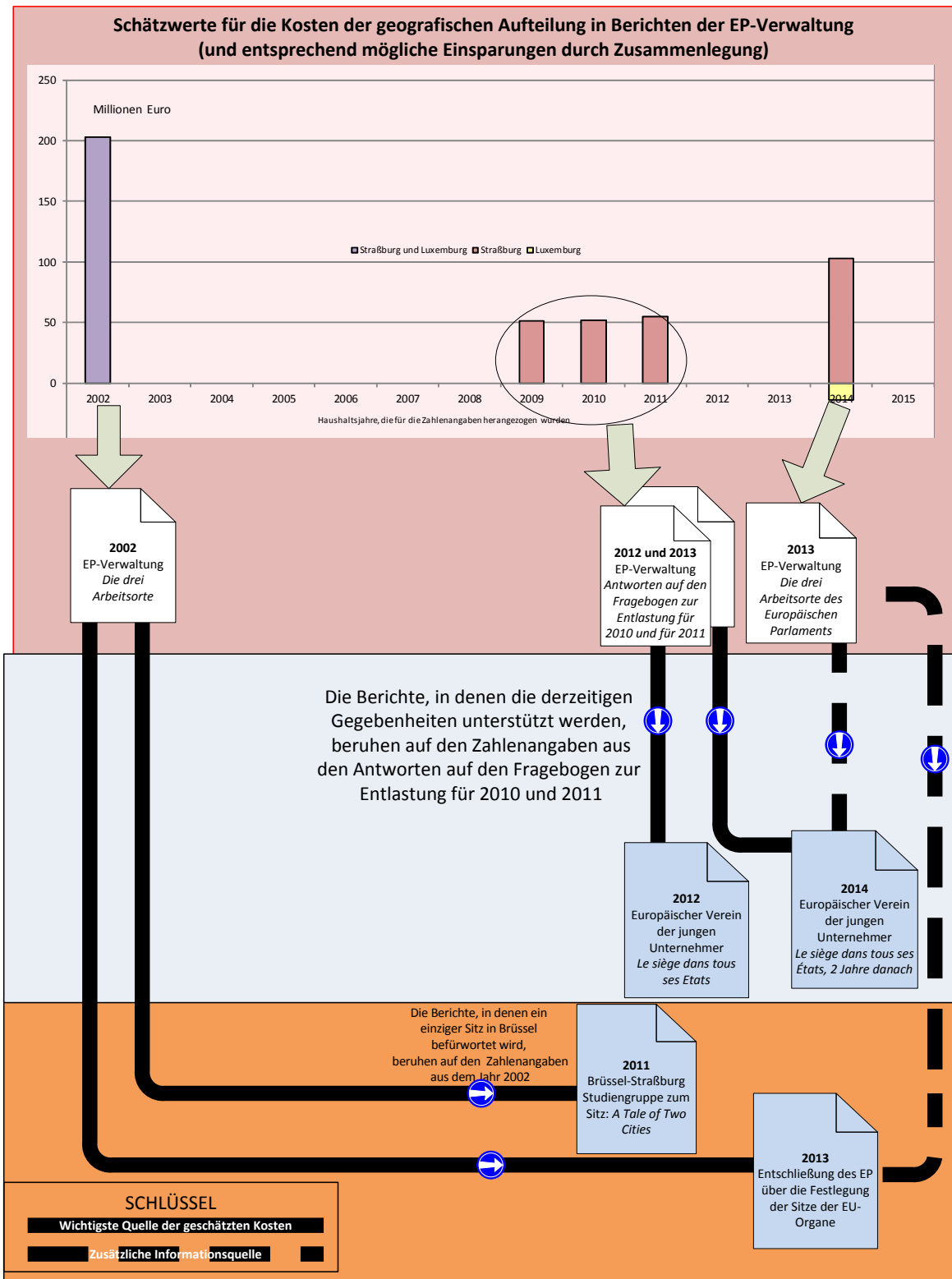
## Vergleich:

1. Bericht der Verwaltung des Europäischen Parlaments über die Kosten der Aufrechterhaltung von drei Arbeitsorten von 2002
2. Geschätzte Kosten des Sitzes in Straßburg gemäß den Antworten der Verwaltung des Europäischen Parlaments auf den Fragebogen für die Vorbereitung der Entlastung des Europäischen Parlaments für die Jahre 2010 und 2011
3. Bericht der Verwaltung des Europäischen Parlaments über die finanziellen, ökologischen und regionalen Auswirkungen der geografischen Aufteilung des EP von August 2013

Millionen Euro

	1. Studie von 2002		2. Antworten auf den Fragebogen für die Entlastung			3. Studie von 2013		
	Kosten der drei Arbeitsorte (keine Angabe zu einem möglichen einzigen Arbeitsort)	+20 % für Erweiterung	Kosten für Straßburg 2009	Kosten für Straßburg 2010	Kosten für Straßburg 2011	Von Straßburg nach Brüssel	Von Luxemburg nach Brüssel – Kauf/ Errichtung von Gebäuden	Von Luxemburg nach Brüssel – Anmietung von Gebäuden
<b>A. Einmalig (Kosten)</b>								
Umzug der Bediensteten							(51,3)	(51,3)
Umzug des Mobiliars und der Güter							(2,0)	(2,0)
Wiederherrichtung der Büroräume							(5,3)	(5,3)
<b>A. Einmalig insgesamt (Kosten)</b>	nicht bewertet	nicht bewertet	nicht bewertet	nicht bewertet	nicht bewertet	0,0	(58,6)	(58,6)
<b>B. Einmalige Einsparungen</b>								
Einnahmen aus dem Verkauf / der alternativen Nutzung der Gebäude								
<b>B. Einmalige Einsparungen insgesamt</b>	bewertet	bewertet	bewertet	bewertet	bewertet	bewertet	bewertet	bewertet
<b>Einmalige (Nettokosten) und Nettoeinsparungen insgesamt</b>	nicht bewertet	nicht bewertet	nicht bewertet	nicht bewertet	nicht bewertet	0,0	(58,6)	(58,6)
<b>C. Zusätzlich jährlich (Kosten)</b>								
Zusätzliche einmalige Kosten für Gebäude, über 20 Jahre verteilt							(29,0)	
Zusätzliche Büromieten, sollten keine Gebäude gekauft werden								(17,0)
<b>C. Zusätzlich jährlich insgesamt (Kosten)</b>						0,0	(29,0)	(17,0)
<b>D. Jährliche Einsparungen</b>								
<b>Entfernungsabhängige Einsparungen durch weniger Kosten für Reisen, Beförderung und Kommunikation</b>								
Dienstreisekosten der Mitglieder								
Reisekosten der freiberuflichen Dolmetscher	18,0	21,6	1,1	1,1	1,1	3,1		
Dienstreisekosten des Personals			8,7	9,9	10,1	12,3	4,7	4,7
Dienstreisekosten der Fraktionen						4,5	0,5	0,5
Dienstreisekosten der parlamentarischen Assistenten			1,9	4,8	5,6	5,6		
<b>Dienstreisekosten insgesamt</b>	18,0	21,6	11,7	15,8	16,8	25,5	5,2	5,2
Beförderung (beispielsweise Transportbehälter) von und nach Straßburg	9,0	10,8	0,4	0,4	0,4	0,4	0,1	0,1
Gebühren für Netzanschluss und Telefongespräche						0,2	0,2	0,2
Sonstige Kosten für Beförderung und Kommunikation	9,0	10,8	0,4	0,4	0,4	0,6	0,3	0,3
Wert der Arbeitsstunden des Personals, die durch weniger Reisen eingespart werden	3,9	4,7				6,0	3,2	3,2
<b>Entfernungsabhängige Einsparungen durch weniger Kosten für Reisen, Beförderung und Kommunikation insgesamt</b>	30,9	37,1	12,1	16,2	17,2	32,1	8,7	8,7
<b>Einsparungen durch wegfallende Doppelungen bei Gebäuden und Ausrüstung</b>								
Miete	60,0		0,1	0,1	0,1	0,1		
Errichtung von Diensträumen						7,3		
Herrichtung der Diensträume			14,3	8,7	7,8	8,8		
Besondere Ausgaben für Gebäudeverwaltung						1,7		
Unterhaltung, Wartung und Reinigung			11,1	13,0	16,1	19,3		
Energieverbrauch			3,1	3,2	3,9	4,3		
Sicherheit und Überwachung der Gebäude			8,3	8,5	8,1	7,7		
Versicherungskosten	18,0					0,3		
Büros an anderen Arbeitsorten ("Bureaux de passage")							0,6	0,6
<b>Gebäude und Nebenkosten insgesamt</b>	78,0	93,6	36,9	33,5	36,0	49,5	0,6	0,6
IT- und Telekommunikationsinfrastruktur						3,6		
Mobiliar						1,1		
Material und technische Anlagen						7,1		
<b>Informatik, Ausrüstung und Mobiliar insgesamt</b>	42,0	50,4	0,0	0,0	0,0	11,8	0,0	0,0
<b>Einsparungen durch wegfallende Doppelungen bei Gebäuden und Ausrüstung insgesamt</b>	120,0	144,0	36,9	33,5	36,0	61,3	0,6	0,6
<b>Einsparungen durch weitere Effizienzgewinne</b>								
Vertragsbedienstete für die Tagungen in Straßburg	1,2	1,4	1,9	1,9	2,1	2,3		
Ärztlicher Dienst						0,4		
Bewertungskosten						1,0		
Personaleinsparungen durch die Aufgabe paralleler Strukturen bzw. Skaleneffekte	16,7	20,0				6,0	5,7	5,7
<b>Einsparungen durch weitere Effizienzgewinne insgesamt</b>	17,9	21,5	1,9	1,9	2,1	9,7	5,7	5,7
<b>D. Jährliche Einsparungen insgesamt</b>	168,8	202,6	50,9	51,6	55,3	103,1	15,0	15,0
<b>Jährliche (Nettokosten) und Nettoeinsparungen insgesamt als Fazit der einzelnen Berichte</b>	168,8	202,6	50,9	51,6	55,3	103,1	(14,0)	(2,0)
<b>Jährliche (Nettokosten)/Nettoeinsparungen insgesamt als Fazit der einzelnen Berichte</b>		202,6		52,6			89,1	

Verwendung der unterschiedlichen Schätzwerte der Verwaltung des Europäischen Parlaments (EP-Verwaltung)



### Grundannahmen in den drei wichtigsten Studien

#### – Kosten der Aufteilung auf drei Arbeitsorte und mögliche Einsparungen durch einen einzigen Sitz –

	Studie der Verwaltung des EP von 2002	Antworten auf Fragebögen zur Vorbereitung der Entlastungen des EP für 2009, 2010 und 2011	Studie der Verwaltung des EP "Die drei Arbeitsorte des EP" von 2013
Es sollte künftig einen einzigen politischen Sitz /Arbeitsort geben.	✓		✓
- <i>Einzigster politischer Sitz = beliebiger Ort</i>	✓		
- <i>Einzigster politischer Sitz = Brüssel</i>			✓
- <i>Personal aus Luxemburg sollte ebenfalls an den einzigen politischen Sitz ziehen.</i>	✓		✓
Mit dem politischen Sitz in Straßburg entstanden im Vorjahr Mehrkosten (im Vergleich zu einer Situation, bei der alle Plenartagungen in Brüssel stattgefunden hätten und die Infrastruktur in Straßburg somit nicht benötigt würde).		✓	
Sitz eines anderen Organs sollte geändert werden.			
Überzählige Bedienstete können von der Gesamtzahl der benötigten Bediensteten abgezogen werden.	✓		✓
- <i>Die Angaben zu überzähligen Bediensteten schließen Schätzungen zu Skaleneffekten ein (weniger Büroräume, weniger Dienstreisen =&gt; entsprechend weniger Personal für die Verwaltung).</i>	✓		✓
- <i>Die Angaben zu überzähligen Bediensteten schließen Schätzungen zu Effizienzgewinnen wegen weniger Reisen zwischen den Arbeitsorten des EP ein.</i>	✓		✓ (75% der Reisezeit = verlorene Arbeitszeit)
Vertragsbedienstete für die Straßburgtagungen nicht mehr benötigt / verursachen Mehrkosten	✓ (werden auch für Ausschusssitzungen eingestellt)	✓	✓
Für die MdEP ist die Differenz der Kosten für die Anreise an den politischen Sitz je nach Lage des Sitzes berücksichtigt.			
Die Dienstreisekosten der MdEP zwischen den drei Arbeitsorten könnten eingespart werden / verursachen Mehrkosten.			
Die Dienstreisekosten der EP-Bediensteten zwischen den drei Arbeitsorten könnten eingespart werden / verursachen Mehrkosten.	✓	✓ nur Dienstreisen nach Straßburg (nicht nach Lux. / nicht von Lux. nach Brüssel)	✓
Die Dienstreisekosten der Fraktionen an den Sitz in Straßburg könnten eingespart werden / verursachen Mehrkosten.	✓		✓
Die Dienstreisekosten der parlamentarischen Assistenten an den Sitz in Straßburg könnten eingespart werden / verursachen Mehrkosten.		✓	✓
Die Reisekosten der freiberuflichen Dolmetscher an den Sitz in Straßburg könnten eingespart werden / verursachen Mehrkosten.	✓	✓	✓



	Studie der Verwaltung des EP von 2002	Antworten auf Fragebögen zur Vorbereitung der Entlastungen des EP für 2009, 2010 und 2011	Studie der Verwaltung des EP "Die drei Arbeitsorte des EP" von 2013
Die Dienstreisekosten der Bediensteten anderer Organe (z. B. Bedienstete der Europäischen Kommission und des Rates) an den Sitz in Straßburg könnten eingespart werden / verursachen Mehrkosten.			
Die Kosten für die Beförderung von Transportbehältern, MdEP usw. zwischen Straßburg und Brüssel könnten eingespart werden / verursachen Mehrkosten.	✓	✓	✓
Geringerer Bedarf an Büroraum (kein Bedarf mehr an "bureaux de passage" und weniger Personalbedarf)	✓		✓
Frei werdende gemietete Gebäude werden nicht weiter gemietet.	✓		
Frei werdende Gebäude im Eigenbesitz werden verkauft / vermietet / von einem anderen Organ, einer anderen Agentur oder sonstigen Einrichtung der EU genutzt.			
Frei werdende Gebäude im Eigenbesitz müssen weiter unterhalten, geheizt werden usw.			
Gebäudekosten der in Straßburg frei werdenden Gebäude könnten eingespart werden / verursachen Mehrkosten.	✓	✓	✓
- <i>Unterhaltung, Reinigung, Energieverbrauch, Sicherheit, Versicherungen</i>	✓	✓	✓
- <i>Herrichtung</i>	✓	✓	✓
Kosten für Mobiliar und Ausrüstung für die in Straßburg frei werdenden Gebäude könnten eingespart werden.	✓		✓
Gebühren für Netzanschluss und Telefongespräche für die in Straßburg frei werdenden Gebäude könnten eingespart werden.	✓		✓
Die gastronomischen Dienstleistungen in Straßburg könnten gestrichen werden.	✓		✓
Der ärztliche Dienst in Straßburg könnte gestrichen werden.			✓
Es sind neue Gebäude zu kaufen / zu mieten.			✓ (zur Unterbringung der Bediensteten aus Luxemburg in Brüssel)
- <i>Die neuen Gebäude müssen zu denselben Kosten wie die in Luxemburg unterhalten werden.</i>	<i>entfällt</i>	<i>entfällt</i>	✓
- <i>Die neuen Gebäude müssen zu denselben Kosten wie die in Luxemburg mit Mobiliar und Ausrüstung ausgestattet werden.</i>	<i>entfällt</i>	<i>entfällt</i>	✓
Bewertung von Geschossflächen, die nicht ständig genutzt werden	<i>entfällt</i> (Alle Gebäude waren gemietet.)		✓ Aber nicht in den Gesamtzahlen enthalten.
Einmalige Kosten im Zusammenhang mit einem Umzug	✓  Aber nicht in den Gesamtzahlen von 169/203 Millionen enthalten.		✓

**Anhang 4**

**Zusammenfassung der möglichen Einsparungen bei einer Zusammenlegung der EP-Tätigkeiten in Brüssel**

